

Christa Luft

Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft

Das Thema „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft“ hat viele Facetten: historische, theoriengeschichtliche, philosophische, ökonomische, technologische, soziale, soziologische, juristische, ethische, technologische, medizinische ...

Ich werde mich meiner Profession entsprechend mit dem Sujet vornehmlich als Wirtschaftswissenschaftlerin befassen. Aber selbst aus dieser einen Sicht ist das Thema so komplex, daß ich nur einige Probleme auswählen kann. Diese Auswahl geht auf meine achtjährige Tätigkeit als Mitglied des Deutschen Bundestages zurück, in der ich nahezu täglich mit dem Thema „Arbeit“ konfrontiert war. So werde ich z.B. fragen

- Geht der Gesellschaft die Arbeit aus, wie immer häufiger postuliert?
- Ist Vollbeschäftigung eine sozialromantische Utopie, gar eine Schimäre oder eine gesellschaftliche Herausforderung?
- Bedarf der traditionelle Arbeitsbegriff einer Ergänzung?
- Was ist mit einem „Recht auf Faulheit“, oder geht es nicht eher um ein „Recht auf Arbeit und Freizeit für alle“?
- Was bedeutet die Globalisierung für die Zukunft der Arbeit?

Drei Vorbemerkungen

Erstens: Man kann nicht über die Zukunft der Arbeit sprechen, ohne an die Grundlegungen von Smith, Ricardo, Marx und Engels für die Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur zu erinnern. Da eine zusammenfassende Referierung den Rahmen dieses Vortrages sprengen würde, komme ich jeweils an konkreten Stellen darauf zurück.

Zweitens: Nach Antworten auf die aufgeworfenen Fragen suche ich im Rahmen der gegenwärtigen, der kapitalistischen Gesellschaft. Obwohl nicht das letzte Wort der Geschichte, ist ihre Überwindung im Marx'schen Sinne einer grundlegenden Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse in überschaubarer Zeit nicht in Sicht. Daher sind partielle Grenzüberschrei-

tungen auszuloten, um durch Profitstreben verursachte Massenarbeitslosigkeit zurückzudrängen. Ausmerzen läßt diese sich in einer auf Kapitalverwertung zentrierten Gesellschaft nicht.

Drittens: Als „Arbeit“ bezeichne ich hier jede Handlung oder Tätigkeit, die Güter und Leistungen schafft, welche einen Tauschwert haben, gegen Geld getauscht werden können. Es geht also um Erwerbs- oder Lohnarbeit. Davon zu unterscheiden sind „Handlungen“ bzw. „Tätigkeiten“, die wie die Haus- oder Familienarbeit bzw. das Ehrenamt Gebrauchswerte zur direkten Befriedigung eigener, familiärer oder Gemeinwesenbedürfnisse hervorbringen.

Tendenzen in der Arbeitswelt

In den 80er, insbesondere aber in den 90er Jahren hat die theoretische Diskussion um die Zukunft der Arbeit eine Intensivierung erfahren. Die Ursachen dafür liegen in einer auffällig veränderten Arbeitswelt:

- Ein hohes Niveau von Erwerbslosigkeit ist in den kapitalistischen Industrieländern – wenn auch mit Differenzierungen – zum Dauerphänomen geworden. Eine signifikante Zurückdrängung ist nirgendwo, eine geringfügige nur in Ausnahmefällen gelungen. Wie die Entwicklung in den EU-Ländern seit Anfang der 90er Jahre aussieht, zeigt Tabelle 1. In der Bundesrepublik Deutschland (alt) gab es Massenarbeitslosigkeit seit Ende der 70er Jahre (1980: 0,889 Mill., 1985: 2,3 Mill., 1990: 1,88 Mill.). Im vereinigten Deutschland hält der Trend an (2 000: 3,13 Mill., 2003: 4,35 Mill.).¹
- Über 50-jährige haben immer geringere Arbeitsplatzchancen. Dabei stellt sich die Situation in den Industrieländern allerdings differenziert dar. Während hierzulande nur knapp 37 Prozent der Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren erwerbstätig sind (etwa 50 Prozent der hiesigen Unternehmen beschäftigen keine Menschen dieser Altersgruppe), lautet die Ziffer für Großbritannien 50, für Schweden, Norwegen und die Schweiz sogar 65 Prozent.
- Selbst in Phasen konjunkturellen Aufschwungs nimmt die Arbeitslosigkeit nicht mehr ab, im Trend sogar zu. Wachstum und Beschäftigung sind entkoppelt. „Die industrielle Reservearmee“ des 19. Jahrhunderts reduzierte sich in Zeiten des Konjunkturaufschwungs immer wieder und verschwand kurzzeitig fast gänzlich. Diese Konstellation gibt es nicht mehr.

1 Statistisches Jahrbuch 1993 für die BRD, S. 128. Ebenda 2003, S. 120, für 2003 Bundesagentur für Arbeit

	1990	1995	2000	2001	2002	2003
USA	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0
Japan	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,3
EU – 15 Länder	.	10,1	7,8	7,4	7,7	8,0
Belgien	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	7,9
Dänemark	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6
Deutschland	6,4 (1992)	8,0	7,8	7,8	8,6	9,3
Griechenland	6,4	9,2	11,0	10,4	10,0	9,3
Spanien	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3
Frankreich	8,6	11,3	9,3	8,5	8,8	9,3
Irland	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6
Italien	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	8,7
Luxemburg	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,6
Niederlande	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,7
Österreich	.	3,9	3,7	3,6	4,3	4,4
Portugal	4,8	7,3	4,1	4,1	5,1	6,4
Finnland	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,1
Schweden	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,5
Großbritannien	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	5,0

Quelle: Europäische Gemeinschaften, Eurostat

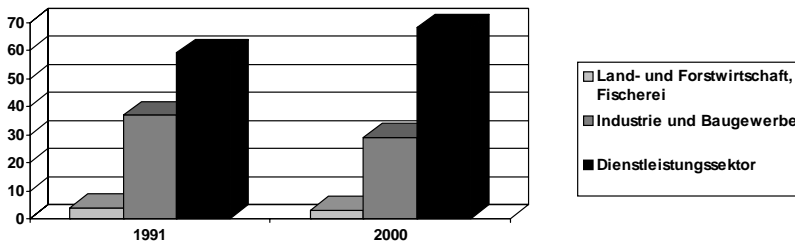
Tab. 1: Arbeitslosenquote insgesamt – Anteil der Arbeitslosen an der gesamten Erwerbsbevölkerung (auf Basis der Definition der International Labor Organisation – ILO)

	Agrarsektor		Industrie		Dienstleistungen	
	1987	1997	1987	1997	1987	1997
BRD	4,2	3,2	40,4	36,5	55,4	60,2
Frankreich	7,0	4,5	30,8	25,6	62,2	69,9
Großbritannien	2,3	1,9	32,9	26,9	64,8	71,2
USA	3,0	2,7	27,1	23,9	69,9	73,4
Japan	8,3	5,3	33,8	33,1	57,9	61,6
EU – 15 Länder	7,7	5,0	33,4	29,8	59,0	65,2
OECD	–	8,2	–	27,7	–	64,1

Quelle: OECD, 1999

Tab. 2: Strukturelle Beschäftigungsentwicklung (Prozent der Gesamtbeschäftigung)

- Der Strukturwandel in der Wirtschaft führte zu einem rapide sinkenden Anteil von Beschäftigten im primären Agrar- und im sekundären Industriesektor. Die hier Freigesetzten kommen nicht alle und schon gar nicht zu vergleichbaren Lohn- und Sozialstandards im tertiären Dienstleistungssektor unter, obwohl dessen Anteil an der Gesamtbeschäftigung in allen OECD-Ländern stark gestiegen ist (vgl. Tabelle 2). Die anteilige Entwicklung der drei Sektoren an der Gesamtbeschäftigung in der BRD im Zeitraum 1991 bis 2000 zeigt nachstehende Graphik.



- Der beschleunigte Strukturwandel entwertet Wissen und Qualifikation in immer kürzeren Abständen, macht den Wert erworbener Qualifikation und damit die Chance auf einen Arbeitsplatz unsicher. Solide Schul-, Berufs- und Weiterbildung erhalten als Vorsorge für eine im wesentlichen nicht vorhersehbare Zukunft einen mit der Vergangenheit unvergleichbaren Stellenwert.
- Massiv angestiegen ist die sogenannte prekäre Beschäftigung. Die Informations- und Datenverarbeitungstechnologien haben die klassische Form von Arbeit revolutioniert. Sie wird flexibilisiert, in ihrer räumlichen, zeitlichen und vertraglichen Dimension zerstückelt. So gibt es immer mehr Teilzeit-, Leiharbeits- und Minijobs, Telearbeit, Arbeit ohne Verträge. Das gilt nicht nur für weniger, sondern auch für höher qualifizierte Arbeit und höhere Einkommen. Sozialversicherungspflicht wird durch geringfügige Beschäftigung substituiert. In Deutschland hatten 4,3 Mill. Erwerbstätige 2003 keinen anderen als einen 400 Euro-Job. Typisch für die computerisierte Arbeitswelt ist nicht der hochqualifizierte Programmierer, sondern sind die belastenden, normierten und schlecht bezahlten Tätigkeiten in den Call Centern oder an den elektronischen Kassen in Supermärkten.
- Die Hoffnung auf „ewiges Wachstum“ und Beschäftigungsanstieg durch

die „New Economy“ ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zunächst in den USA, dann auch in anderen Teilen der Welt zerborsten. Der außerordentliche Investitionsboom im Bereich der informations- und kommunikationstechnischen Produktionen erwies sich als spekulativ, und die Blase platzte.

- Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Mittel-Osteuropa und die Ostausdehnung des konkurrenzlos gewordenen Kapitalismus führte in den 90er Jahren zur millionenfachen Vernichtung von Arbeitsplätzen. Arbeitslosigkeit hat sich auf hohem Niveau verfestigt. Die nach ILO-Methodik berechneten Quoten für das Jahr 2003 zeigt Tabelle 3:

Tschechische Republik	7,6
Estland	10,2
Ungarn	5,8
Litauen	12,9
Lettland	10,5
Polen	19,3
Slowenien	6,6
Slowakei	17,2

Quelle: Europäische Gemeinschaften, Eurostat

Tab. 3: Arbeitslosigkeit in den mittelosteuropäischen EU-Beitrittsländern im Jahre 2003 (in Prozent der Erwerbsbevölkerung)

Diese Länder treten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei und verschärfen das Problem der Erwerbslosigkeit in der Eurozone. Man kann erwarten, daß besonders hochqualifizierte Arbeitslose zu Migrationsentscheidungen neigen. Zielländer werden vor allem (West-)Deutschland und Österreich sein.

- Mit voranschreitender Globalisierung steht dem Kapital ein weltweites Arbeitskräftereservoir zur Verfügung. Unternehmen verlegen zunehmend einfache Arbeiten, insbesondere größere Teile ihrer Vorproduktkette in sogen. Niedriglohnländer oder drohen damit, dies zu tun. Für die Autoindustrie ist das inzwischen typisch. VW z.B. läßt die Audi-Motoren in Ungarn fertigen und Kabelbäume für die Autoelektrik in Polen. Schuhfabrikation und Textilindustrie gibt es in Deutschland fast nicht mehr. Erst jüngst kündigte die Steilmanngruppe an, die Näherei von Cottbus nach Rumänien zu verlegen. Zunehmend werden auch Bürotätigkeiten und qualifizierte Dienstleistungen in Niedriglohnländer verlagert. Ein be-

sonders kurios Beispiel: Die New Yorker Strafmandate für Falschparker werden in Ghana sortiert, Halbleiterhersteller Infineon verlagert gerade Teile der Buchhaltung nach Portugal und läßt Zentren für das Chipdesign in Indien und China aufbauen bzw. aufstocken. Standortschlachten werden als Steuersenkungs- und Lohndumpingwettbewerb ausgetragen. Die Spannweite der Stundenlohnkosten für Industriearbeiter in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern reicht von einem Drittel (Slowenien) bis zu einem Zehntel (Estland) der westdeutschen Werte. Polen wartet mit Stundenlöhnen auf, die nur etwa ein Viertel der ostdeutschen und ein Fünftel bis ein Sechstel der westdeutschen Lohnkosten ausmachen.

Outsourcing und Offshoring sind nach neoliberalen Verständnis Methoden zur Überwindung der sog. Standortschwäche.

- Ergebnis all dieser Entwicklungen ist die Aushöhlung der an den Faktor Arbeit gebundenen Sozialversicherungssysteme.

Aus der Analyse solcher Tendenzen ziehen dem linken wie dem konservativen Lager zugehörige oder nahestehende Wissenschaftler ungeachtet großer Unterschiede in den Auswegstrategien einen gemeinsamen Schluß, nämlich: Der Arbeitsgesellschaft (gemeint ist die der entwickelten Industrieländer) geht die Arbeit aus, weil der Produktivitätsfortschritt auf breiter Front „technologisch bedingte Arbeitslosigkeit“ schafft und Sättigungstendenzen auf den Märkten Konsumabschwächungen nach sich ziehen.

Der bekannteste Prognostiker des Untergangs der Arbeitsgesellschaft ist Jeremy Rifkin, gesellschaftskritischer US-Wirtschaftswissenschaftler. Bis zu 75 Prozent der Arbeiten, die heute noch vom Menschen ausgeführt werden, könnten morgen von den Erfindungen der dritten industriellen Revolution – also mit Informations- und Kommunikationstechnologien, mit sehenden Robotern und künstlicher Intelligenz, mit Bio- und Gentechnik – erledigt werden. Das virtuelle Büro mache die Sekretärinnen überflüssig, der elektronische Verkäufer die Einzelhändler, die vollautomatische Bank die Angestellten. Nach Rifkins Berechnungen werden in naher Zukunft 90 Millionen von 124 Millionen Stellen in allen Bereichen durch neue Technologien ersetzt.²

Der Nürnberger Philosoph Robert Kurz kündigt ausgehend von vorgenannter Analyse einen „Kollaps der Moderne“ an. Die Menschen sollten daher aufhören, sich über Arbeit zu definieren und das Recht auf Faulheit entdecken. In einer jüngst im Rahmen eines Wettbewerbs an der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingereichten Studie schreibt ein Kurz-Schüler: „Das Ziel

2 Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt/Main, New York 1995

meiner Arbeit ist, daß keiner mehr arbeiten muß“. Arbeit bedeute Ausbeutung, daher solle keiner nach Arbeit rufen, auch keine Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machen.

Die aus solchen Prophezeiungen und Wertungen gezogene Folgerung lautet, die Zukunft sei jenseits der schrumpfenden oder zusammenbrechenden „Arbeitsgesellschaft“ zu gestalten – durch Tauschringe und andere geldlos vermittelte kooperative Produktion, die Stärkung des „Dritten Sektors“ zwischen Staat und Markt oder eine neue Subsistenzwirtschaft, also Produktion zur Selbstversorgung, die die Arbeit wieder „in direkte Interaktion mit der Natur bringt“, Produktion und Bedürfnisbefriedigung zusammenführt. Rudolf Bahro plädierte für „eine neue, haushälterische Lebensweise in Kommunen“ und forderte „ein neues Benediktinertum“.

Der in Berlin lebende Soziologe und Schriftsteller Wolfgang Engler kommt ausgehend von der Beschäftigungskatastrophe in Ostdeutschland in seinem Buch mit dem provokativen Titel „Die Ostdeutschen als Avantgarde“ zu dem Schluß, daß wir uns nicht radikal genug fragen, wie ein Leben wäre, in dem Arbeit tröpfchenweise fließt, gewissermaßen als Episode. Er nennt die „Rückkehr zur Vollbeschäftigung ... unter allen zeitgenössischen Legenden die bei weitem populärste – postreligiöses Opium fürs Volk“. Ein anderes Lebensmodell müsse sich nach seiner Auffassung an Geselligkeit, Kunst, sozialem Austausch und am Einsatz für das öffentliche Wohl orientieren. Ein anderer Teil der Linken entwirft eher Konzepte zur Transformation der Arbeitsgesellschaft in eine „Erlebnis- und Kulturgesellschaft“ (die Toskana-Fraktion der SPD Ende der achtziger Jahre) oder eine „Tätigkeitsgesellschaft“ (kirchliche Kreise und Sozialinitiativen).

Im konservativen Spektrum („Kommission für Zukunftsfragen“ der Freistaaten Bayern und Sachsen) wird hingegen der Übergang von der „arbeitnehmerzentrierten, kolonnenhaft formierten Industriegesellschaft“ zur „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ propagiert. Im Gegensatz zu den Linken geht es den Konservativen nicht um gemeinschaftliche „Alternativ- oder Subsistenzproduktion“, sondern um die beschleunigte Auflösung des Arbeitnehmerstatus durch Förderung einer „Renaissance der Selbständigkeit“, um ein neues Leitbild vom „Arbeitnehmer als Unternehmer seiner Arbeitskraft“ und um mehr soziale Ungleichheit als notwendiger Motor für höheres Wachstum.³ Die Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder hat viel Ähnlichkeit mit sol-

3 André Brie: Zukunft der Arbeit. Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung. In: Utopie kreativ, Heft 137, März 2002

chem Leitbild. Sie folgt dem sogenannten Aktivierungs-Paradigma, wonach Leistungskürzungen und verschärfte Zumutbarkeitsregelungen „Bewegung in die Arbeitslosen“ bringen sollen.

Zukunft der Arbeit

Geht der Gesellschaft denn nun die Arbeit aus, ist Vollbeschäftigung eine sozial-romantische Utopie, wie Meinhard Miegel, der Leiter der bayrisch-sächsischen Kommission für Zukunftsfragen, fragt oder eine Machtfrage und damit eine Herausforderung, wie der Aachener Volkswirtschaftler Karl-Georg Zinn meint?

Letzterer setzt meines Erachtens für die Beantwortung dieser Frage den entscheidenden Punkt, wenn er konstatiert, daß es unserer angeblichen Arbeitsgesellschaft, die tatsächlich eine Kapitalgesellschaft ist, nicht an Arbeit, sondern an anständig bezahlter Beschäftigung fehlt. „Im Zentrum unserer Ökonomie steht die Kapitalverwertung. Deshalb bildet auch die Frage nach den Bedingungen des rentabelsten Kapitaleinsatzes das Mittelpunktproblem der herrschenden Wirtschaftslehre. Arbeit ist ‚nur‘ Produktionsfaktor, an dem zufälligerweise Menschenleben hängen.“⁴ Sie wird überflüssig in dem Sinne, daß die Kapitalverwertung das Ausbeutungsobjekt Mensch nicht mehr voll zu nutzen vermag.

Ich will meine Sicht auf die aufgeworfene Frage entwickeln.

1. Das Wachstum der Produktivität führt objektiv dazu, daß mit gleichbleibendem Einsatz lebendiger Arbeit eine größere oder mit sinkendem Einsatz lebendiger Arbeit die bisherige Gütermenge hergestellt werden kann. In vorindustriellen Gesellschaften beispielsweise lag die landwirtschaftliche Produktivität noch auf so niedrigem Niveau, daß etwa 90 landwirtschaftliche Arbeitskräfte erforderlich waren, um jenes Nahrungsmittelquantum zu erzeugen, mit dem 100 Menschen ernährt werden konnten, nämlich die 90 im Agrarsektor selbst und noch 10 Menschen außerhalb der Landwirtschaft. Infolge des über mehr als 200 Jahre verlaufenden Produktivitätsanstiegs im Agrarsektor genügen heute 5 bis 10 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in der für diesen Sektor produzierenden Industrie (Chemie, Landmaschinen usw.), um 100 Leute zu ernähren. In der Fachsprache nennt man das „Schrumpfungseffektivität“.

4 Karl-Georg Zinn: *Wie Reichtum Armut schafft*. Köln 2003, S. 53

Es gibt aber auch die sogenannte „Expansionsproduktivität“, was heißt, daß mit der gleichbleibenden Zahl von Beschäftigten mehr oder höherwertige Produkte hergestellt werden. Es handelt sich in der Regel um Innovationen mit hoher Wertschöpfung, die ein großes Maß arbeitsintensiver Bildung, Forschung, Wissenschaft, Kultur und Logistik voraussetzen.

2. Die meisten menschlichen Bedürfnisse, insbesondere die lebenswichtigen, sind sättigungsfähig. Ökonomen sprechen sogar von einem Sättigungsgesetz. Die Güterproduzenten merken Sättigung daran, daß trotz vorhandener Kaufkraft ihrer Kunden kein Nachfragewachstum mehr zu erreichen ist. Folglich wächst die Zahl der Beschäftigten nicht mehr oder sinkt sogar. Auch hierfür steht z.B. die Landwirtschaft, aber auch die Haushaltsgeräte- oder Möbelproduktion. Das heißt nicht, daß es nicht auch in den reichen Industrieländern Bevölkerungsschichten gibt, die hierfür noch ungesättigten Bedarf haben, aber ihnen fehlt die zahlungsfähige Nachfrage. Ganz abgesehen davon, daß laut UN-Angaben weltweit täglich 27 000 Menschen an Hunger sterben. Keiner Sättigung hingegen unterliegen Prestige- und Machtbedürfnisse. Die Autoproduktion ist dafür ein plastisches Beispiel.
3. wirkt Kaufkraftmangel auf das Beschäftigungsniveau. Kaufkraftmangel bedeutet, daß auf Grund der ungleichen Einkommensverteilung die Massenkaufkraft zu niedrig liegt, um dem vorhandenen Produktionspotential die zu seiner Vollauslastung erforderliche Nachfrage zu gewährleisten. Dem könnte allerdings durch wirtschaftspolitische Maßnahmen abgeholfen werden, nämlich durch sogen. antizyklische Ausgabenpolitik des Staates. Dies wurde theoretisch am umfassendsten von John Meynard Keynes in seiner 1936 erschienenen Schrift „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ begründet.
In der Bundesrepublik wird die Binnennachfrage schon seit geraumer Zeit vernachlässigt, was sich u.a. daran zeigt, daß die Zuwachsraten des Massenkonsums im Vergleich zu anderen Ländern deutlich schwächer ausfallen (vgl. Tabelle 4).

	1973–1983	1984–1990	1991–2000
BRD	2,0	3,0	2,2
Frankreich	2,3	2,3	1,3
Großbritannien	1,3	4,1	2,5
EU–Durchschnitt	2,1	3,1	2,0
USA	2,6	3,7	3,5
Japan	3,2	3,9	1,1
OECD–Durchschnitt	2,7	2,5	2,7

Quelle: OECD, 2001/1, 271-273, eigene Berechnung

Tab. 4: Reale Veränderungsdaten (in v.H.) der Konsumausgaben im Mehrjahresdurchschnitt

4. Neben schrumpfenden und stagnierenden Branchen gibt es aber auch Wachstumsbranchen. Zwei will ich explizit herausgreifen:
- a) Umweltschutz, Umweltsanierung, ökologische Modernisierung der Gesellschaft. Dazu gehört z.B. die Gewinnung erneuerbarer Energien, Wärmedämmung von Häusern, Reinhaltung der Luft, Gewässerschutz und Altlastensanierung. Darin wie auch in einer Politik der Langlebigkeit industrieller Gebrauchsgüter, also ihrer reparaturfreundlichen Konstruktion mit dem komplementären Angebot von mehr Dienstleistungen zur Wartung und zum Austausch defekter Teile liegen für Gegenwart und Zukunft hohe Wachstumspotentiale. Denn während der vergangenen 200 Jahre historisch beispiellosen Wirtschaftswachstums wurde sozusagen Krieg gegen die Umwelt geführt und dieser „Krieg“ hinterläßt immense Reparatur- und Regenerationsaufgaben. Sie zu erfüllen, böte für längere Zeit die Möglichkeit, eine sinnvolle Nachfragesteigerung und damit auch ein entsprechendes umweltverträgliches Wachstum mit starken Beschäftigungswirkungen in Gang zu setzen.⁵ Jetzt schon sind in der BRD über eine Million Menschen in umweltschutzrelevanten Bereichen tätig. Der Umweltsektor weist im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsentwicklung überdurchschnittliche Zuwachsraten aus. Technische und technologische Innovationen sind bei Wassernutzung, Schadstoffbegrenzung, Verkehrslogistik, Aufbau von Stoffkreisläufen, Umsetzung der Wärme-

5 Ebenda, S. 142

schutzverordnung, Entwicklung einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft (Gewinnung von Energie aus Meereswasser, Erdwärme oder gasifizierte Biomasse), ökologischer Landwirtschaft, modernem Recycling und anderen Bereichen erforderlich. Eine Herausforderung ist ebenfalls die Bekämpfung von häufig umweltbedingten Zivilisationskrankheiten (Krebs, Allergien, Kreislaufbeschwerden).

b) Das Dienstleistungswesen und die öffentliche Daseinsvorsorge.

Auffällig ist ein regelrechter Hunger nach immer neuen, immer komfortableren Serviceangeboten. Viele Zehntausende Arbeitsplätze sind in der BRD in den letzten Jahren in der Freizeitbranche entstanden, so im Fitneß- und Gesundheitsbereich, durch Kultur- und Sportevents, Touristik und Beratung. Hier liegen die Investitionen pro Arbeitsplatz wesentlich niedriger als in der Industrie.

Jedoch ist nicht der tertiäre Sektor schlechthin eine Wachstumsbranche wie oft erklärt und vom Franzosen Jean Fourastié bereits 1954 in seinem Buch „Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts“ als Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft beschrieben. Der Rationalisierungsprozeß schreitet auch hier voran, so im Handelssektor, bei Banken, Versicherungen, öffentlichen Verwaltungen bis zu Informations- und Beratungsdiensten, die teilweise durch Datenbanken ersetzt werden. Dabei gehen Rationalisierungsprozesse oft mit Leistungsverschlechterung für die Kundschaft einher.

Aber es gibt sehr wohl Dienstleistungen, die überhaupt nicht rationalisierbar sind, sofern ihr Wesen nicht völlig verloren gehen soll: Gemeint sind humanbezogene Dienstleistungen, das heißt solche in den sozialen, medizinischen und kulturellen Bereichen. Hier bleiben bislang zuhauf gesellschaftlich notwendige und nützliche Tätigkeiten unerledigt oder dem Ehrenamt überlassen, weil sie mangels zahlungsfähiger Nachfrage für private Kapitalanlage unattraktiv sind und folglich nicht in Erwerbsarbeit transformiert werden. Hier wäre Zugewinn an bezahlter Arbeit möglich. Diese Dienste könnten mit hohen Wohlstandsgewinnen für die Allgemeinheit expandieren. Sie sind beschäftigungsintensiv, ressourcen- und umweltschonend, kaum rationalisierbar, zivilgesellschaftlich wertvoll, anspruchsvoll und nur auf Grundlage einer qualifizierten Ausbildung kompetent zu realisieren. Das Wachstum solcher Serviceleis-

tungen ist auf staatliche Initiative einschließlich einer entsprechenden Umverteilungspolitik angewiesen. In der Fachsprache stehen dafür die Termini „öffentlich geförderter Beschäftigungssektor“ oder „gemeinwohlorientierte Arbeitsprojekte“. Die sofort gestellte Frage lautet, wer soll das bezahlen? Arbeit sei zwar da, aber keine bezahlbare.

Zunächst: Auch Arbeitslose kosten die Gesellschaft Geld. Vor Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe waren das je Betroffenen im Durchschnitt 15 000 Euro im Jahr. Die eingesparten Arbeitslosigkeitskosten hätten mindestens zwei Drittel der Aufwendungen entsprochen, die neue Arbeitsplätze bei tariflicher Entlohnung in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor verursachen. Für vier Millionen solcher Arbeitsplätze wären etwa 20 Mrd. Euro jährlich aus öffentlichen Kassen aufzubringen. Dies wäre in der BRD problemlos möglich, hätte die rot-grüne Regierung den Großunternehmen durch reduzierte Körperschaftssteuer nicht einen Betrag von 20 Milliarden Euro zugeschanzt. Könnte der Anteil der Steuern auf Vermögen und Unternehmensgewinne am Steueraufkommen des Jahres 1977 wieder erreicht werden – damals betrug er etwa 29, heute nur noch 15 Prozent –, 70 Milliarden Euro mehr könnten die staatlichen Einnahmen betragen. Die Halbierung der Steuerhinterziehung ergäbe ebenfalls einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag. Solche Maßnahmen, aber auch eine höhere Erbschaftssteuer sowie die Einführung der „Tobinsteuer“ könnten die Notlage der öffentlichen Haushalte vergessen machen.

Aufwertung der Nichterwerbsarbeit

Aus kirchlichen, ökologischen und sozialpolitischen Kreisen wird seit längerem die Frage aufgeworfen, ob „Arbeit“ denn umstandslos mit „Erwerbsarbeit“ gleichgesetzt werden könne. Schließlich gäbe es auch den Bereich der überwiegend unbezahlten Versorgungs- und Gemeinwesenarbeit (Haushalts- und Familienarbeit, Eigenarbeit, etwa Heimwerken, ehrenamtliche Freiwilligen- oder Bürgerarbeit oder die nachbarschaftliche und verwandtschaftliche Hilfe). Diese unbezahlten Tätigkeiten seien eben auch Arbeit und müßten gegenüber der Erwerbsarbeit „aufgewertet“ werden.

Richtig ist, daß z.B. die „unsichtbare“, unbezahlte, nicht marktwirtschaftlich organisierte Hausarbeit maßgeblich zu Wohlstand und Reproduktion der Gesellschaft beiträgt und eine unerläßliche Voraussetzung dafür ist, daß die

erwerbsförmig organisierte Marktwirtschaft überhaupt funktionieren kann. Eine nur moralische Aufwertung und Anerkennung der unbezahlten Tätigkeiten wäre indes nicht ausreichend. Eine volle Bezahlung bislang unentgeltlich geleisteter Tätigkeiten würde allerdings jedes ökonomische System überfordern. Denkbar wäre aber die Anerkennung von Rentenzeiten oder z. B. die kostenlose Bereitstellung von Kindergartenplätzen für ehrenamtlich Tätige. Vorstellbar ist auch die Anerkennung von Qualifikationen aus erfolgreicher Versorgungs- oder ehrenamtlicher Tätigkeit als fördernd oder notwendig für berufliche Laufbahnen. Vor allem aber geht es um eine Umverteilung der Erwerbsarbeit wie der Eigen- beziehungsweise Hausarbeit mit dem Ziel, die Diskriminierung von Frauen zu überwinden. Dies wird nicht ohne Veränderungen der Arbeitsteilung, der Bewertung von Arbeit, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsinhalte vonstatten gehen können.

Arbeit der Zukunft

Wir können bis hierher konstatieren: In allen entwickelten Volkswirtschaften überwiegen die Stagnations- und Schrumpfungsbranchen die Wachstumsbereiche. Die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze übersteigt die der neu entstehenden. Zwangsläufig nimmt die Massenarbeitslosigkeit zu, wenn ihr nicht wirtschafts- und gesellschaftspolitisch begegnet wird. Eine neue Rüstungsspirale als „Produktivitätsfaktor“ kann zwar nicht ausgeschlossen werden, aber ich will das hier ausklammern. Partiiell, sektoral, strukturell und regional wird es immer Bedarf an Wirtschaftswachstum geben (Innovationen, Umweltverbesserung usw.), von der Notwendigkeit dazu in armen Ländern ganz abgesehen. Aber im Großen und Ganzen tendiert der quantitative Wachstumspfad dem Ende zu.

Nachfolgende Tabelle 5 zeigt die diskontinuierliche, im Schnitt sich abschwächende Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Bundesrepublik Deutschland im Verlauf der letzten Dekade.

1993	-1,1	1999	+2,0
1994	+2,3	2000	+2,9
1995	+1,7	2001	+0,8
1996	+0,8	2002	+0,2
1997	+1,4	2003	-0,1
1998	+2,0		

Tab. 5: Entwicklung des BIP der BR Deutschland 1993 bis 2003 (in Prozent zum Vorjahr)

Auch wenn die Wachstumsraten der Jahre 2001 bis 2003 weltkonjunkturbedingt extrem niedrig lagen, werden sie allein wegen ökologischer Gefährdungen die Dynamik früherer Jahrzehnte nicht wieder erreichen. Wirtschaftswachstum wird den Freisetzungseffekt der Produktivitätssteigerung nicht mehr kompensieren, wie das in einer funktionierenden fordistischen Ökonomie der Fall war und zu tendenzieller Vollbeschäftigung führte. Heute könnte Vollbeschäftigung nur über eine Neuverteilung der Arbeit, sprich

- drastische Arbeitszeitverkürzung (6- oder 5-Stundentag bzw. 30-Stunden-Woche mit existenzsichernder Entlohnung),
- Transformation gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten in Erwerbsarbeit sowie
- Kombination von Phasen der Erwerbs- mit solchen der Nichterwerbsarbeit (Weiterbildung, Betreuungszeiten ...) zurückgewonnen werden.

Das aber ist eine Machtfrage, wie Zinn zu Recht feststellt. Arbeit ist für alle da. Die kapitalistische Gesellschaft leidet unter der Unfähigkeit, das wachsende brachliegende Arbeitsvermögen mit dem gleichfalls wachsenden Vorrat an sinnvollen (!) Tätigkeiten zusammenzubringen, die nicht geleistet werden, aber geleistet werden müßten. Die Ursachen hierfür sind primär weder technologisch noch ökologisch, sondern sozial-ökonomisch.

Die soeben vertretene These von der notwendigen Arbeitszeitverkürzung steht konträr zu den neoliberalen Plänen bzw. Praktiken der Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich. Die Protagonisten letztgenannter Strategien ignorieren erstens geflissentlich, daß in der Bundesrepublik z.B. die Zahl der gesamtgesellschaftlich geleisteten Arbeitsstunden von 1994 bis 2001 um 3,3 Prozent, aber die Bruttowertschöpfung im gleichen Zeitraum um 18,5 Prozent, also fast das 6-fache gestiegen ist. Damit eröffnet sich potentiell sehr wohl Raum für Arbeitszeitverkürzung ebenso wie für Lohnerhöhung. Zweitens berufen sie sich auf Erfordernisse der demographischen Entwicklung (sinkende Geburtenraten und höhere Lebenserwartung) und lenken von solchen Strategien ab wie Forderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Steigerung der Erwerbsneigung und der Erwerbsmöglichkeiten der Frauen, Annäherung des tatsächlichen Renteneintrittsalters an das gesetzliche durch Beschäftigungssicherung der über 50-jährigen.

Die Hauptantwort der abhängig Beschäftigten in hochproduktiven Ökonomien auf die Versuche des Kapitals, das Letzte aus ihnen herauszupressen und möglichst viele von ihnen überflüssig zu machen, muß Arbeitszeitverkürzung sein. Denn jenseits der Produktion beginnt nach Karl Marx das wah-

re Reich der Freiheit. Es heißt bei ihm: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch die Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. ... Jenseits ... beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gibt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung“.⁶

In einer privatwirtschaftlich gelenkten Wirtschaft, in der das Gewinnstreben dominiert, stoßen Vorhaben zur radikalen Neuverteilung der Arbeitszeit naturgemäß auf den erbitterten Widerstand der Kapitalinteressen. Und dennoch gibt es in der jüngeren Zeit ein erfolgreiches Beispiel. Unter der Jospin-Regierung wurde in Frankreich 1997 per Gesetz die Wochenarbeitszeit von 39 auf 35 Stunden verkürzt. Ergebnis: Von 1997 bis 2001 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 12,6 Prozent gegenüber 7,7 Prozent in Deutschland und die Arbeitslosenquote wurde um 4 Prozent gesenkt. Natürlich gab und gibt es Proteste der Unternehmerverbände und Forderungen nach Rücknahme der genannten Regelung. Aber entscheidend ist der gelungene Durchbruch selbst im nationalen Alleingang. Zu den wichtigsten beschäftigungspolitischen Aufgaben der Gegenwart gehört nun eine EU-weit koordinierte Arbeitszeitpolitik. Die Formen der Arbeitszeitverkürzung im Laufe eines Arbeitslebens können dabei mannigfaltig sein und sich sehr wohl auch nach Berufs- und Branchenerfordernissen richten:

- gleitende Übergänge ins Rentenalter (Altersteilzeit),
- Einführung längerer Freizeitblöcke (sabbaticals),
- Freizeitkonten für längere Zeiträume, die nach individuellen Präferenzen und betrieblichen Notwendigkeiten flexibel abrufbar sind,
- Senkung der täglichen Arbeitszeit,
- Übergang zur 4-Tage-Woche,
- Absenkung des Renteneintrittsalters.

Seit dem Gipfel von Lissabon im Jahre 2000 wird in der EU wieder von „Vollbeschäftigung“ gesprochen. Sie soll bis 2010 erreichbar sein. Dies könne gelingen, wenn die Wirtschaft in der Europäischen Union bis dahin im Jahresdurchschnitt um drei Prozent wächst und die EU damit zur „dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Ökonomie der Welt“ wird. Bis 2010 soll es also in einer ersten Phase um Vollbeschäftigung durch Wachstum gehen, danach um mehr Wachstum durch Vollbeschäftigung.

6 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. Marx-Engels-Werke, Bd. 25, S. 828

„Vollbeschäftigung“ ist nach dieser Diktion hergestellt, wenn die Beschäftigungsquote (Anteil der Beschäftigten an der Gesamtzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 16 und 64 Jahren) in der EU 70 Prozent und die Frauerwerbsquote 60 Prozent beträgt. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die EU auf einen „policy mix“, der die Erzielung von Haushaltsüberschüssen, folglich den Abbau der Staatsschuld, die Begrenzung der Inflation bei zwei Prozent, die weitere Liberalisierung und Flexibilisierung der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte und eine Innovationspolitik für mehr High-Tech kombiniert. Während „Vollbeschäftigung“ in den neunziger Jahren allgemein noch als „unerreichbar“ und „utopisch“ galt, vollzogen die EU und ihre Mitgliedstaaten einen markanten Perspektivenwechsel weg von den düsteren Szenarien vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“.⁷

Den Hintergrund für eine neue Perspektive der „Vollbeschäftigung“ bilden insbesondere Langfristschätzungen über die demographische Entwicklung in Europa. So behauptet das Institute for Prospective Technological Studies (IPTS), daß die EU lediglich bis 2006 noch mit einem leichten Anstieg des Erwerbspersonenpotentials zu rechnen habe, was die Lage auf den Arbeitsmärkten bis dahin angespannt halten soll. Ab 2008 oder 2010 werde bis mindestens 2030 aufgrund des geringeren Nachstroms junger Erwerbspersonen und der Zunahme der Zahl der Rentnerinnen und Rentner mit einer fortgesetzten Schrumpfung des Arbeitskräfteangebots zu rechnen sein.⁸ Aus dieser Analyse folgert das IPTS, daß die EU und ihre Mitgliedstaaten bereits jetzt „aktivierende Politiken“ einleiten müßten, um ab 2008 oder 2010 gravierende Engpässe auf den Arbeitsmärkten zu vermeiden. Die Botschaft ist deutlich: Europa geht keineswegs die Arbeit aus – es ist vielmehr zu befürchten, daß ab 2010 zu wenig und für die expandierenden Sektoren zusätzlich nicht hinreichend ausgebildete Arbeitskräfte verfügbar sein werden, um die Wirtschaft auf Wachstumskurs zu halten.

Ich will zu diesem Konzept lediglich zwei Anmerkungen machen:

a) Es ist eher unwahrscheinlich, daß in Europa bis 2010 jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von drei Prozent erreichbar sind. Die gesamtwirtschaftliche Dynamik ist schon seit der Krise 1973 strukturell und offensichtlich dauerhaft abgeschwächt.

b) Wenn Erreichen von „Vollbeschäftigung“ nur an einer bestimmten Beschäftigungsquote festgemacht wird, wäre das Ziel leicht durch weiteres

7 André Brie: a.a.O.

8 Vgl. IPTS: Employment Map: Jobs, Skills and Working Life on the Road to 2010, December 1999

Wachstum prekärer Beschäftigung realisierbar. Hier offenbart sich ein Defizit an sozialem Gehalt der angestrebten Vollbeschäftigung.

Die mir vorschwebende Vollbeschäftigung ist keine, die auf dauerhaft hohe Wachstumsdynamik und einen Boom an geringfügiger Beschäftigung setzt. Auch ist nicht die Rückkehr zur männlichen Erwerbsbiographie des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dem patriarchalischen Modell des Familienernährers gemeint – 48-Stunden-Woche oder mehr, Malochen vom 14. bis zum 65. Lebensjahr, zumeist sogar in ein und demselben Betrieb und mit einem einmal erlernten Beruf als Grundlage der materiellen Existenz. Ich stimme also Ulrich Beck zu, wenn er die Gesellschaft am Ende einer als „Normalarbeit“ verstandenen Vollbeschäftigung sieht.⁹ Worum es mir geht, ist eine „Vollbeschäftigung neuen Typs“ mit folgenden Eckpunkten:

Erstens: Jede arbeitswillige und arbeitsfähige Person soll Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit haben, in der sie ihre produktiven Fähigkeiten entwickeln kann. Zwang zur Arbeit soll ausgeschlossen sein. Das setzt allerdings ein das Existenzminimum absicherndes soziales Grundeinkommen voraus. Damit blieben nicht mehr alle Lebensbereiche den kapitalistischen Verwertungszwängen untergeordnet.

Zweitens soll die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und persönlicher Lebensführung durch Kombination von Erwerbs- und Nichterwerbszeiten hergestellt werden.

Drittens sollen in die Lebensarbeitszeiten regelmäßige Abschnitte für Bildung und Weiterbildung integriert werden. Diese gehören zu den elementaren Voraussetzungen für chancengleiche Teilhabe an Erwerbsarbeit. Arbeit und Bildung gehören mehr denn je zusammen.

Viertens: Vollbeschäftigung neuer Art erfordert Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, zu Mobilität und Flexibilität.

Fünftens: Erforderlich ist die Entlastung der lebendigen Arbeit von Sozialabgaben.

Die Durchsetzung der „Vollbeschäftigung neuen Typs“ ist damit umfassende Gesellschaftspolitik – die Arbeitsmarktpolitik alleine wäre damit überfordert.

Arbeit und Freizeit für alle

Für Karl Marx war „keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern disposable time das Maß des Reichtums.“¹⁰ Er wollte nicht, daß die einen zu Überarbeit

9 Ulrich Beck: Arbeit ist ein bewegliches Ziel, in: Die Zeit Nr. 7 vom 7. Februar 2002, S. 7

10 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin 1974, S. 594 ff.

und die anderen zu erzwungenem Müßiggang verdammt sind. Mit steigender Produktivität kann bei anderer Verteilung der Arbeitszeit mehr freie Zeit für alle entstehen, freie Zeit, die Marx anders als sein Schwiegersohn Paul Lafargue in seiner berühmten Schrift „Das Recht auf Faulheit“ nicht weitgehend auf Nichtstun reduzierte.¹¹ Laut Marx sollte *disposable time* Raum schaffen für kreative Muße, für Erholung, Entspannung, Bildung, Kultur und Kunstgenuß, anregendes Familienleben, Pflege von Freundschaften, nicht hingegen für profanes Faulenzen und planlos sich Hängenlassen.

Freizeit ist für den Lohnabhängigen gleichbedeutend mit einem Stück Freiheit, denn formell ist die Verwendung der *disposable time* dem Kommando des Kapitaleigentümers entzogen.

Wie groß die Freizeit auch immer sein mag, sie bleibt an die notwendige Arbeit gebunden. Ebenso ist Selbstbestimmung an die Einsicht geknüpft, daß gearbeitet werden muß. Auch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muß für Beschäftigte ein Recht auf Muße gelten, wie für Arbeitslose ein Recht auf Arbeit einzufordern ist. Ich bin mir nicht sicher, ob alle, die die Arbeit verteufeln und gegenwärtig Paul Lafargue mit seinem „*droit à la paresse*“ wieder entdecken, diesen Zusammenhang im Auge haben.

Schlußfolgerungen

Erstens: Unabhängig davon, ob das gegenwärtige oder zukünftige Gemeinwesen als Arbeits-, Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft bezeichnet wird, Arbeit bleibt, um mit Marx zu sprechen, „als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit ... eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln“.¹² Arbeit bleibt das Fundament jeder Gesellschaft. Alle, die von „Abschaffung der Arbeit“ sprechen, sollten genauer formulieren, daß sie Überwindung der Entfremdung meinen, die ein Merkmal der Lohnarbeit unter kapitalistischen Bedingungen ist. Aber selbst in entfremdeter Arbeit liegt Würde, wenn sie gut ausgeführt und gesellschaftlich anerkannt ist.

Gültigkeit behält auch die Erkenntnis von Adam Smith, daß es die menschliche Arbeit ist, aus der letztlich alle ökonomische Leistung entspringt, daß Wertschöpfung auf Arbeit beruht. Der statistisch sinkende Anteil der Erwerbsarbeit an der Hervorbringung des Volkseinkommens – eine Ten-

11 Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit. Grafenau 1998

12 Karl Marx: Das Kapital.

denz in allen OECD-Ländern – darf darüber nicht hinwegtäuschen. Menschliche Arbeit ist auch im High-Tech-Zeitalter nicht ersetzbar. Fortschreitende Arbeitsproduktivität führt jedoch dazu, daß mit weniger menschlicher Arbeit der Funktionserhalt der Gesellschaft möglich wird. Einem abnehmenden Volumen herkömmlicher Erwerbsarbeit stehen ein reiches Reservoir an in Erwerbsarbeit transformierbaren gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten sowie ein zunehmendes Volumen von Eigen-, Familien-, Haus- und Bürgerarbeit gegenüber.

Zweitens: Bewahrenswert ist immer noch, was Friedrich Engels im Titel seiner Schrift „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ verankerte. Arbeit hat eine hohe sinnstiftende Funktion, sie ist Ausdruck der vernünftigen, zielbewußten Handlungsfähigkeit des Menschen. Sie schafft die Möglichkeit, für sich und andere langfristig zu sorgen. Ohne ein Mindestmaß an Existenzsicherung gibt es keine individuelle Freiheit. Insofern ist und bleibt die Arbeit ein Mittel der Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung. Sie gilt als hohes Gut. Den Zugang aller, die wollen und können dazu zu sichern, muß gesellschaftliche Aufgabe sein. Daraus leitet sich die Strategie einer „Vollbeschäftigung neuer Art“ ab. Arbeit ist für alle da. Eine Gesellschaft, die den permanent steigenden Produktivitätszuwachs nicht in wirkliche Bereicherung menschlichen Lebens, sowohl durch Arbeitszeitverkürzung als auch durch Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen aller Gesellschaftsmitglieder zu transformieren vermag, ist krank.

Drittens: Selbstversorgung, Selbstbeschränkung, Einfachheit, Subsistenzwirtschaft, Askese, Kommunitarismus, alternative Lebensformen, Nachahmung des Kibbuz-Modells von Israel, Altruismus – all dies sind edle Motive und von Einzelnen auch im Privat- und Gruppenleben praktizierbar. Aber es sind keine massenmobilisierenden Vorstellungen von einem Gesellschaftsmodell. Verzichtstrategien haben für eine überschaubare Zukunft keine Perspektive, sind keine alternativen politischen Angebote. Sie führen ihre Protagonisten ins Sektendasein. Nötig sind sehr wohl neue Leitbilder für Lebensweise, Produktions- und Konsumtionsweise. Sie können aber nicht durch einfache Negation bisheriger Entwicklung gewonnen werden. Liebe, Zuwendung, Empathie, Entschleunigung, Kultur der Muße gehören zu den neuen Leitbildern; sie sind aber untauglich als Ersatz oder Trost für entzogene Arbeit.

Viertens: Die globalisierte High-Tech-Ökonomie ist durch beschleunigten Strukturwandel gekennzeichnet. Sie braucht die Menschen nicht mehr wie bisher und grenzt ständig mehr von ihnen aus dem unmittelbaren kapitalistischen Verwertungsprozeß aus. Die internationale Organisation des Kapi-

tals steht der noch starken Ortsgebundenheit der abhängig Beschäftigten gegenüber. Unternehmen, insbesondere Globalplayer, trennen sich immer ungehemmter von aus Sicht ihrer Renditeerwartungen (im Schnitt 15 Prozent pro Jahr) unrentablen Firmenteilen und den dort Beschäftigten. Sie konzentrieren sich aufs Kerngeschäft. Die Arbeitsplätze werden unsicherer.

Eine gravierende Folge der Globalisierung für hoch industrialisierte Länder wie Deutschland ist, daß schlecht ausgebildete und gering qualifizierte Arbeitskräfte unter doppelten Konkurrenzdruck geraten: durch Zuwanderung billiger ausländischer Arbeitskräfte sowie durch Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen aus sogenannten Niedriglohnländern. Wichtiger denn je ist es daher, allen jungen Menschen den Zugang zu solider Fachausbildung zu gewährleisten. Bildungsdefizite vergrößern die Gefahr der Ausgrenzung. Zunächst EU-weit ist die Vereinbarung von Mindestlöhnen und Mindestsozialstandards ein Gebot.

Fünftens: Unter den Bedingungen des Kapitalismus gibt es unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Zurückdrängung der Massenarbeitslosigkeit. Unterschiedliche Ergebnisse der europäischen Länder zeugen von erschließbaren Potentialen für ein Mehr an Erwerbsarbeit. Aber die Ausmerzungen von Arbeitslosigkeit, die Teilhabe von allen, die wollen und können an Erwerbsarbeit und ein Mehr an disposable time für alle, erfordert die Sprengung der Grenzen einer profitorientierten Gesellschaft.